



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2011

Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode

Pfaff, Dieter ; Möller, Manuela

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-51187>
Book Section

Originally published at:

Pfaff, Dieter; Möller, Manuela (2011). Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode. In: Böcking, Hans-Joachim; Castan, Edgar; Heymann, Gerd; Pfitzer, Norbert; Scheffler, Eberhard. Beck'sches Handbuch der Rechnungslegung, 36. Ergänzungslieferung. München: C.H. Beck, C 410.

C 410 Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode^{*)}

von Prof. Dr. Dieter Pfaff und Prof. Dr. Manuela Möller

Übersicht	Rz
I. Grundlagen	1
II. Anwendungsbereich gemäß § 302 a. F.	9
III. Konsolidierungstechnik gemäß § 302 a. F.	
1. Vermögens- und Erfolgskonzeption	64
2. Erstkonsolidierung	80
3. Folgekonsolidierung	135
4. Entkonsolidierung	147
5. Übergang von der Interessenzusammenführungs- methode auf die Erwerbsmethode	158
IV. Angaben im Konzernanhang gemäß § 302 a. F.	175

I. Grundlagen

- 1 Die in § 302 a. F. bei Vorliegen enger Voraussetzungen (insbesondere Erwerb von Anteilen an Tochterunternehmen im Wege des Anteilstauschs) geregelte Möglichkeit, die Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode durchzuführen, wurde durch das BilMoG vom 25.5.2009 ersatzlos gestrichen. Eine letztmalige Anwendung der **Erstkonsolidierung** war möglich für Geschäftsjahre, die vor dem 1.1.2010 begonnen hatten. Unternehmenszusammenschlüsse, die bereits vor diesem Übergangszeitpunkt nach der **Interessenzusammenführungsmethode** („pooling of interest method“) abgebildet wurden (Altfälle), bleiben von der Neuregelung unberührt und können somit auch zukünftig nach der Interessenzusammenführungsmethode bilanziert werden. § 302 a. F. behält damit seine Bedeutung bei für die Folgekonsolidierung (vgl. Rz. 135 ff) der Altfälle sowie für eine etwaige Entkonsolidierung (vgl. Rz. 147 ff) bei Ausscheiden der Altfälle aus dem Konzernverbund oder eine Übergangskonsolidierung (vgl. Rz. 158 f) beim Wechsel von der Interessenzusammenführungsmethode auf die Erwerbsmethode nach § 301 n. F.
- 2 Hintergrund der Streichung des Konsolidierungswahlrechts ist, dass die Interessenzusammenführungsmethode in der deutschen Praxis nahezu unbedeutend ist (vgl. *Gelhausen/Fey/Kämpfer*, 2009, S. 548; *Petersen/Zwirner/Künkele*, 2009, S. 203; *Roth*, 2009, S. 540) und international bereits seit einigen Jahren aufgehoben wurde (vgl. auch *Theile*, 2009, S. 251; *Zülch/Hoffmann*, 2009, S. 166); nach den US-GAAP ist die „pooling of interest method“ bereits seit 2001 (SFAS 141) und nach den IFRS seit 2004 nicht mehr zulässig. Da auch unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten erhebliche Kritikpunkte gegen die Interessenzusammenführungsmethode vorgetragen wurden, wird deren Aufhebung allgemein begrüßt (vgl. z. B. *Kütting*, 2008, S. 1397, sowie *Leinen/Strickmann*, 2009, S. 585 f).

^{*)} Neufassung, Stand Mai 2011

- 3 Gem. Art. 66 Abs. 5 EGHGB ist § 302 a. F. letztmals auf das vor dem 1. 1. 2010 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden. Bei Unternehmenszusammenschlüssen, die erstmalig in einem vor dem 1. 1. 2010 begonnenen Geschäftsjahr nach der Interessenzusammenführungsmethode abgebildet wurden, besteht nach Art. 67 Abs. 5 S. 2 EGHGB ein Wahlrecht zur Beibehaltung der Interessenzusammenführungsmethode. Dieses **Beibehaltungswahlrecht** unterliegt **keiner zeitlichen Beschränkung**, sondern kann – nach der derzeitigen gesetzlichen Regelung – bis zum Ausscheiden der Gesellschaft aus dem Konsolidierungskreis angewandt werden (Wahlrecht, sog. „grandfathering“; vgl. hierzu im Einzelnen auch *Gelhausen/Fey/Kämpfer*, 2009, S. 548 f; *Oser/Reichart/Wirth*, 2009, S. 418; *Petersen/Zwirner/Künkele*, 2009, S. 298). Vor diesem Hintergrund ist § 302 a. F. – trotz Aufhebung – nach wie vor für solche Unternehmenszusammenschlüsse relevant, die vor dem Übergangszeitpunkt nach der Interessenzusammenführungsmethode abgebildet wurden. Dies dürften aber nur wenige Ausnahmefälle sein (vgl. *Gelhausen/Fey/Kämpfer*, 2009, S. 548 f., m.w.N.). Zu den bekanntesten Anwendungen der Interessenzusammenführungsmethode in Deutschland gehörte der Zusammenschluss der Daimler-Benz AG und der Chrysler Corporation (vgl. *Daimler-Benz AG*, 1998, S. 54).
- 4 Die Interessenzusammenführungsmethode nach § 302 a. F. ließ sich im Grundsatz von der Erwerbsmethode (vgl. C 401) dadurch abgrenzen, dass sich die Verrechnung des Wertansatzes der dem Mutterunternehmen gehörenden Anteile an einem Tochterunternehmen mit dessen anteiligem Eigenkapital auf das gezeichnete Kapital beschränkte und ein sich daraus ergebender Unterschiedsbetrag nicht den in die Konzernbilanz aufgenommenen Vermögensgegenständen und Schulden zugerechnet, sondern unmittelbar mit den Rücklagen verrechnet wurde.
- 5 Hinter dieser ergebnisneutralen Aggregation der Einzelbilanzen stand im Unterschied zur Erwerbsmethode die Fiktion einer „Zusammenführung etwa gleichwertiger Interessen“ (*Ordeltjeide*, WiSt 1986, S. 501). Es wurde angenommen, dass sich die Gesellschafter des erwerbenden und des zu erwerbenden Unternehmens dafür entschieden hatten, ihre „Ressourcen zu poolen“ (*Niehus*, WPg 1983, S. 440; vgl. auch *Heinrich*, 1993, S. 1 ff). Wenn hier und im Folgenden von dem „erwerbenden“ und dem „zu erwerbenden“ Unternehmen die Rede ist, so entsprach dies der üblichen Terminologie im Schrifttum. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die gewählte Formulierung zumindest nach der theoretischen Konzeption missverständlich war, nach der gar kein Erwerbsvorgang, sondern ein Anteilstausch stattfand. Als Gegenleistung für die Hingabe ihrer Anteile erhielten die Gesellschafter des zu erwerbenden Unternehmens Anteile am Mutterunternehmen oder an anderen Tochterunternehmen des Konzerns. Damit **tauschten** die Gesellschafter des zuvor unabhängigen Unternehmens ihre unmittelbare Beteiligung gegen eine im Regelfall mittelbare Beteiligung nach Vollzug der Verbindung ein (vgl. *Biener/Berneke*, 1986, S. 338; *Förschle/Deubert*, Beck Bil-Komm., 6. Aufl., § 302 HGB Anm. 4). Bei der Erwerbsmethode hingegen wird regelmäßig davon ausgegangen, dass die Gesellschafter des zu erwerbenden Unternehmens ihre Beteiligung **verkaufen** (vgl. C 401).

- 6 Die Interessenzusammenführung auf Konzernebene kam im Zeitpunkt des Unternehmenszusammenschlusses der **Verschmelzung durch Aufnahme** nach §§ 4–35 UmwG auf der Einzelunternehmensebene sehr nahe (vgl. hierzu u. a. die Ausführungen in *Simon*, 1996, S. 172 ff). Im Unterschied zur Interessenzusammenführung im Rahmen eines Konzerns bedeutet die Verschmelzung oder Fusion allerdings nicht nur die Aufgabe der wirtschaftlichen, sondern auch die der rechtlichen Selbständigkeit des erworbenen Unternehmens. Darüber hinaus unterscheidet sich auch die Fusionsbilanz bei Verschmelzung durch Aufnahme erheblich von einer Konzernbilanz bei Anwendung der Interessenzusammenführungsmethode. Für den Wertansatz der übernommenen Vermögensgegenstände in der Bilanz der übernehmenden Gesellschaft gilt gemäß § 24 UmwG: „In den Jahresbilanzen des übernehmenden Rechtsträgers können als Anschaffungskosten im Sinne des § 253 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs auch die in der Schlussbilanz eines übertragenden Rechtsträgers angesetzten Werte angesetzt werden.“ Dies bedeutet, dass im Gegensatz zur Interessenzusammenführungsmethode nicht mehr die Buchwerte übernommen werden müssen. Möglich und als Regelfall vorgesehen ist vielmehr der Ansatz der Vermögensgegenstände und Schulden mit Zeitwerten (vgl. *St/HFA 2/1997*, WPg 1997, S. 238 f; *Knop/Küting*, BB 1995, S. 1024). Ergibt sich darüber hinaus ein Geschäfts- oder Firmenwert, so kann dieser aktiviert oder sofort als Aufwand verrechnet werden. Bei Ansatz der Buchwerte ist ein gegebenenfalls auftretender Verschmelzungsmehrwert, der mit einem aktivischen Unterschiedsbetrag bei der Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB vergleichbar ist, erfolgswirksam über die Gewinn- und Verlustrechnung zu verbuchen (vgl. *St/HFA 2/1997*, WPg 1997, S. 240).

II. Anwendungsbereich gemäß § 302 a. F.

- 9 Die Interessenzusammenführungsmethode war wie die Erwerbsmethode auf die Konsolidierung von Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises beschränkt. Dabei handelte es sich um Tochterunternehmen nach § 290, die in den Konzernabschluss einzubeziehen waren (§ 294) oder nach § 296 einbezogen werden konnten. Neben der Eigenschaft des Tochterunternehmens verlangte Abs. 1 außerdem, dass die aufzurechnenden Anteile am Tochterunternehmen mindestens 90 % des Nennbetrags ausmachten, der Erwerb durch Anteilstausch stattfand und eine ggf. vereinbarte Barzahlung höchstens 10 % des Nennbetrags der hingegebenen Anteile betrug. Waren alle Bedingungen erfüllt, konnten Unternehmen, die einen Konzernabschluss aufstellen, von der Methode der Interessenzusammenführung Gebrauch machen (Wahlrecht). Alternativ konnte die Erwerbsmethode nach § 301 a. F. gewählt werden. Dies stand in Einklang mit Art. 20 der 7. EG-Richtlinie, der den Mitgliedstaaten erlaubte, Konzernen die Interessenzusammenführungsmethode zu gestatten oder vorzuschreiben. Der deutsche Gesetzgeber hatte sich für die freizügigere Lösung entschieden, vermutlich um den Unternehmen aufgrund ihres besseren Informationsstands und

Beurteilungsvermögens die Entscheidung zu überlassen, wann bei Vorliegen der Anwendungsvoraussetzungen ein Anteilstausch vorläge und wann nicht.

III. Konsolidierungstechnik gemäß § 302 a. F.

1. Vermögens- und Erfolgskonzeption

- 64 Wie in Rz. 1 ff dargelegt wurde, ist die Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode für Unternehmenszusammenschlüsse, die in einem nach dem 1. 1. 2010 begonnenen Geschäftsjahr stattgefunden haben (Erstkonsolidierung), untersagt. Gemäß Art. 67 Abs. 5 S. 2 EGHGB ist es aber weiterhin erlaubt, die Interessenzusammenführungsmethode für alle Altfälle beizubehalten. Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden die Konsolidierungstechnik der Interessenzusammenführungsmethode eingehend erläutert werden, so auch die Erstkonsolidierung, deren Verständnis Voraussetzung für eine entsprechende Vorgehensweise im Rahmen der Folgekonsolidierung sowie einer etwaigen Ent- oder Übergangskonsolidierung ist.
- 65 Im Grunde beruhte die **Interessenzusammenführungsmethode** auf der Fiktion, dass die Vermögens- und Erfolgsinteressen der Gesellschafter zweier oder mehrerer Unternehmen durch Anteilstausch zusammengeführt wurden und die Anteilseigner danach gemeinsam an dem neuen Unternehmensverbund beteiligt waren. Im Gegensatz zum Kauf (Purchase) eines Unternehmens wurde davon ausgegangen, dass grundsätzlich weder Bargeld noch sonstige Vermögensgegenstände die Unternehmen verlassen. Die ehemaligen Gesellschafter des zuvor unabhängigen Unternehmens wurden somit nicht „ausgekauft“, sondern sollten die Chancen und Risiken des Unternehmensverbunds mittragen. Wirtschaftlich gesehen lag damit eine Art Fusion vor, wobei allerdings im Gegensatz dazu die rechtliche Selbständigkeit der am Zusammenschluss beteiligten Unternehmen unangetastet blieb. Der Zusammenschluss kam in der theoretischen Konzeption durch den Austausch von Anteilen zwischen den Anteilseignern des zu übernehmenden Unternehmens und dem übernehmenden Unternehmen zustande, das zu diesem Zweck eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen durchführte. Da die Anteilseigner des übernehmenden Unternehmens unmittelbar durch die Kapitalerhöhung betroffen waren und auch sie es waren, die der Kapitalerhöhung zustimmen mussten, wurde die Interessenzusammenführung als ein Vorgang betrachtet, in den insoweit nur die Anteilseignergruppen beider Unternehmen involviert waren. Letztlich entschieden sie, ob der Zusammenschluss durchgeführt wurde oder nicht. Wenn aber keines der beteiligten Unternehmen Kapital investierte, insbesondere keines der Unternehmen das jeweils andere kaufte, bestand aus Sicht der Verfechter des Pooling-Gedankens auch kein Grund, sie vermögens- und erfolgsrechnerisch anders zu behandeln als vor ihrem Zusammenschluss. Gemäß dieser Argumentation gingen bei der Erstkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode sowohl das Mutter- als auch das Toch-

terunternehmen mit den **Buchwerten** ihrer Vermögensgegenstände und Schulden ein. Weiterhin wurden die Rücklagen sowie die vor Interessenzusammenführung erwirtschafteten Gewinne von Mutter- und Tochterunternehmen einfach addiert, so, als hätten sie schon seit ihrer Gründung in einem Konzernverhältnis zueinander gestanden. Ein Unterschiedsbetrag, der sich aus der Differenz zwischen den Anschaffungskosten der Beteiligung und ihrem anteiligen gezeichneten Kapital möglicherweise ergab, wurde unter Umgehung der GuV mit den Konzernrücklagen erfolgsneutral verrechnet. In den Folgeperioden wird analog zur Erstkonsolidierung vorgegangen (daher wird in den Rz. 80 ff zunächst – obwohl gesetzlich nicht mehr zugelassen – auf die Erstkonsolidierung eingegangen; zur Folgekonsolidierung vgl. sodann im Detail Rz. 135 ff). Die Vermögensgegenstände und Schulden der zusammengeschlossenen Unternehmen wurden in der Konzernbilanz genauso ausgewiesen wie in den Einzelbilanzen nach ihrer Anpassung an konzerneinheitliche Bewertungsmethoden (Handelsbilanzen II); die Folgekonsolidierung blieb und bleibt – abgesehen von den Folgewirkungen aus einheitlicher Bewertung – erfolgsneutral. Eine Auflösung des Unternehmensverbunds war bei Interessenzusammenführung grundsätzlich nicht vorgesehen; dennoch ist sie in der Praxis möglich. Soll die Auflösung mit dem Vorgehen bei Zusammenschluss vereinbar sein, müsste sie wohl so aussehen, dass das Mutterunternehmen seine Anteile am Tochterunternehmen im Austausch gegen seine eigenen Anteile den ehemaligen Gesellschaftern des Tochterunternehmens zurückgibt und anschließend – in Höhe der eigenen Anteile – eine Kapitalherabsetzung durchführt. Die im Erstkonsolidierungszeitpunkt erfolgte Addition der Einzelbilanzen wäre dann wieder rückgängig zu machen. In der Unternehmenspraxis ist eine solche Vorgehensweise jedoch kaum zu erwarten. Plausibler ist vielmehr, dass die durch den Anteilstausch erworbene Beteiligung bei Auflösung des Zusammenschlusses **verkauft** wird. In diesem Fall aber ist eine Entkonsolidierung, die einer geschlossenen Vermögens- und Erfolgskonzeption entspricht, nicht mehr möglich (vgl. Rz. 147 ff).

- 66 Im Gegensatz zur Interessenzusammenführungsmethode wird bei der **Erwerbsmethode** der Kauf eines Tochterunternehmens grundsätzlich wie jede andere Investition des Mutterunternehmens behandelt (vgl. *Ordeltjeide*, DB 1986, S. 493; *derselbe*, WPg 1987, S. 309). Demzufolge geht zwar das Mutterunternehmen mit den Buchwerten seiner Vermögensgegenstände und Schulden in die Konzernbilanz ein; für die Vermögensgegenstände und Schulden des Tochterunternehmens hingegen gilt die **Fiktion des Einzelerwerbs**, d. h., dass diese grundsätzlich zu Marktpreisen im Erwerbszeitpunkt in die Konzernbilanz eingestellt werden. Liegen die Anschaffungskosten der Beteiligung über der Summe der neubewerteten Vermögensgegenstände und Schulden, wird der Differenzbetrag als Geschäftswert ausgewiesen. In den Folgeperioden werden – wiederum wie bei jeder anderen Investition des Mutterunternehmens – die Anschaffungskosten erfolgswirksam verrechnet, allerdings nicht nach Maßgabe der Bilanzierungsregeln für Beteiligungen, sondern nach Maßgabe der „Aufwandsverrechnung der einzelnen Vermögenswerte und Schulden sowie des gegebenenfalls ausge-

wiesenen Geschäftswerts“ (*Ordelheide*, WiSt 1986, S. 500). Bei Ausscheiden des Tochterunternehmens gilt – der **Fiktion des Einzelerwerbs** bei Zugang entsprechend – grundsätzlich die Fiktion des Einzelabgangs, d. h., die Vermögensgegenstände und Schulden, die das Tochterunternehmen in der Konzernbilanz repräsentieren, wären einzeln mit den Veräußerungserlösen erfolgswirksam zu verrechnen (zur praktischen Vorgehensweise bei der Entkonsolidierung vgl. C 401 Rz. 122 ff).

2. Erstkonsolidierung

80 Aufzurechnende Eigenkapitalpositionen. Wie bei der Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode (§ 301 a. F.) war auch die Erstkonsolidierung bei Interessenzusammenführung auf der Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile oder der erstmaligen Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss durchzuführen. Die Möglichkeit, den Erstkonsolidierungszeitpunkt zu verschieben, beeinflusste die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bei Anwendung der Interessenzusammenführungsmethode grundsätzlich nicht. Verzerrungen konnten wegen der erfolgsneutralen Aggregation der Einzelbilanzen im Unterschied zur Erwerbsmethode erst dann entstehen, wenn sich zwischen dem Erwerbsstichtag und dem Stichtag der erstmaligen Einbeziehung der Beteiligungsbuchwert oder das gezeichnete Kapital verändert hatten.

85 Eine Besonderheit der Interessenzusammenführungsmethode lag aber darin, dass der Beteiligungsbuchwert allein gegen das **anteilige gezeichnete Kapital** des Tochterunternehmens aufzurechnen war. Allerdings war dieser Unterschied zur Vorgehensweise nach der Erwerbsmethode weniger gravierend, als er zunächst erscheinen mochte. Wenn nämlich nachfolgend ein aktivischer Unterschiedsbetrag gegen die Rücklagen aufgerechnet wurde (zur Verrechnung eines Unterschiedsbetrags vgl. Rz. 98 ff), wirkte das so, als ob der Beteiligungsbuchwert gegen das gesamte anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens aufgerechnet worden wäre (vgl. hierzu auch *Pellens/Sellhorn*, BB 1999, S. 2125–2132, welche die Interessenzusammenführungsmethode, die Erwerbsmethode und die Fresh-Start-Methode miteinander vergleichen).

86 Das gezeichnete Kapital ist „das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der **Kapitalgesellschaft** gegenüber den Gläubigern beschränkt ist“ (§ 272 Abs. 1 S. 1 HGB; Hervorh. von den Verf.). Alle anderen Eigenkapitalbestandteile, im Einzelnen die Kapitalrücklage, die verschiedenen Gewinnrücklagen, ein Gewinn- oder Verlustvortrag und der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag, gehören nicht zum aufzurechnenden Eigenkapital. Sie sind unverändert mit ihren Buchwerten in die Konzernbilanz zu übernehmen. Diese Abgrenzung gilt allerdings nur für Kapitalgesellschaften. Für **Personengesellschaften**, die grundsätzlich ebenfalls nach § 302 HGB a. F. konsolidiert werden konnten, war der Beteiligungsbuchwert gegen die entsprechenden Gesellschaf-

terkapitalkonten aufzurechnen (zum Eigenkapitalausweis von Personenhandels-gesellschaften vgl. B 231 Rz. 22 ff; *IDW RS HFA 7*, WPg Supplement 3/2008, S. 22 ff). Waren die Kapitalanteile im Gesellschaftsvertrag betragsmäßig festgelegt, galten diese als gezeichnetes Kapital.

87 Mit den **nicht eingeforderten ausstehenden Einlagen** war bei der Interessenzusammenführungsmethode analog zur Vorgehensweise bei der Kapitalkonsolidierung nach § 301 a. F. HGB zu verfahren. Danach sollten nicht eingeforderte ausstehende Einlagen gegen das gezeichnete Kapital aufgerechnet werden, wenn sich die auf sie entfallenden Kapitalanteile im Besitz von in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen befanden (vgl. auch *Busse von Colbe/Ordelheide/Gebhardt/Pellens*, 2006, S. 324). Waren die Anteile hingegen im Besitz von Dritten, empfahl es sich, das zugehörige Kapital als Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz auszuweisen. Die nicht eingeforderten Einlagen waren davon entweder offen abzusetzen oder als „nicht eingeforderte ausstehende Einlagen von Dritten auf das gezeichnete Kapital von Tochterunternehmen“ zu aktivieren (vgl. *Busse von Colbe/Ordelheide/Gebhardt/Pellens*, 2006, S. 325, m. w. N.).

92 Wertansatz der nicht aufzurechnenden Aktiva und Passiva. Grundlage für die Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode waren die in der **Handelsbilanz II**, also nach Anpassung an die einheitliche Bilanzierung und Bewertung sowie nach Währungsumrechnung, ausgewiesenen Werte. Dies ergab sich aus § 300 Abs. 2 HGB (einheitlicher Bilanzansatz) und § 308 HGB (einheitliche Bewertung), deren Anwendung nicht auf bestimmte Konsolidierungsmethoden beschränkt ist (vgl. *Biener/Berneke*, 1986, S. 338; *Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“*, 1987, S. 81 f; *ADS*, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 45; zur Handelsbilanz II als Basis der Kapitalkonsolidierung vgl. auch C 401 Rz. 27 f, 53 ff).

93 Unabhängig von der gewählten Kapitalkonsolidierungsmethode waren auch die übrigen Konsolidierungsmaßnahmen durchzuführen (vgl. *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 435; *ADS*, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 45; *Eckes/Weber*, HdK 1998, § 302 HGB Rn. 29), im Einzelnen

- die Schuldenkonsolidierung (§ 303 HGB),
- die Zwischenergebniseliminierung (§ 304 HGB),
- die Aufwands- und Ertragskonsolidierung (§ 305 HGB) sowie
- die Steuerabgrenzung (§ 306 HGB).

94 Als gesetzlich unzulässig war aber grundsätzlich eine Neubewertung der Aktiva und Passiva des Tochterunternehmens anzusehen. Ein solches Vorgehen widersprach nicht nur der Grundidee einer Interessenzusammenführung, die gerade von der Fiktion des Einzelerwerbs absieht, sondern auch § 302 Abs. 2 HGB a. F. Dieser forderte, einen sich ergebenden Unterschiedsbetrag unmittelbar mit den Rücklagen zu verrechnen. Von einem „nach Verrechnung verbleibenden Unterschiedsbetrag“ – wie in § 301 Abs. 3 HGB – war in § 302 HGB a. F. nicht die Rede (zum Neubewertungsverbot des Eigenkapitals vgl. auch *Biener/Berneke*, 1986, S. 339).

- 95 Ausgaben, die mit der Durchführung des Zusammenschlusses eventuell angefallen waren (z. B. Registergebühren, Kosten der Information der Aktionäre, Beratergebühren), waren nicht aktivierungsfähig, sondern im Jahr der Durchführung erfolgswirksam zu verbuchen (ADS, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 56, m. w. N.). Ihre Aktivierung hätte der Idee der Interessenzusammenführung, nach der grundsätzlich kein Anschaffungskostenvorgang stattgefunden hat, widersprochen.
- 98 **Verrechnung des Unterschiedsbetrags.** Wenn sich im Rahmen der Erstkonsolidierung bei Verrechnung des Beteiligungsbuchwerts mit dem anteiligen gezeichneten Kapital des Tochterunternehmens ein Unterschiedsbetrag ergab, so war dieser gemäß § 302 Abs. 2 HGB a. F. mit den Rücklagen zu verrechnen. Entstand der Unterschiedsbetrag auf der Aktivseite, war dieser von den Rücklagen – vorbehaltlich eines etwaigen Anteils anderer Gesellschafter – abzusetzen; entstand dieser auf der Passivseite, musste er zu den Rücklagen addiert werden.
- 99 § 302 Abs. 2 HGB a. F. ließ dabei die Art der Rücklagen offen, so dass ein Unterschiedsbetrag grundsätzlich mit der Kapitalrücklage oder den in § 266 Abs. 3 HGB genannten Gewinnrücklagen verrechnet werden konnte. Lediglich die Rücklage für eigene Anteile schied nach § 272 Abs. 4 a. F. HGB i. V. m. § 298 Abs. 1 a. F. HGB aus, da ihre Bildung und Auflösung strikt an Bestandsveränderungen der eigenen Anteile geknüpft war.
- 100 Trotz des Fehlens einer **Zuordnungsregel** im Gesetz durfte die Verrechnung nicht willkürlich erfolgen. Im Schrifttum wurde mehrheitlich gefordert, einen gegebenenfalls ermittelten Unterschiedsbetrag grundsätzlich der Kapitalrücklage zuzuordnen (vgl. *Schruff*, 1984, S. 232 ff; *Schindler*, 1986, S. 253 f; *Eckes/Weber*, HdK 1998, § 302 HGB Rn. 34; *Weber*, 1991, S. 204; a. A. *ADS*, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 49 ff; unbestimmt *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 437). Eine vorrangige Verrechnung mit den Gewinnrücklagen wurde abgelehnt, da es sich dabei um eine „quasi erfolgswirksame Kapitalkonsolidierung“ (*Eckes/Weber*, HdK 1998, § 302 HGB Rn. 34) gehandelt hätte, die dem Grundgedanken und der Zielsetzung der Interessenzusammenführung widersprach.
- Nur wenn bei einem aktivischen Unterschiedsbetrag die Kapitalrücklage des Tochter- und des Mutterunternehmens nicht ausreichten, sollte dann auch gegen die gemeinsamen Gewinnrücklagen aufgerechnet werden. Blieb die Zuordnung auf die Kapitalrücklage beschränkt, wäre ein aktivischer Unterschiedsbetrag als Kapitalrückzahlung an die ehemaligen Gesellschafter des erworbenen Unternehmens zu interpretieren gewesen. Analog hätte die Erhöhung der Kapitalrücklage um einen passivischen Unterschiedsbetrag als ein von den ehemaligen Gesellschaftern aufgewandtes Agio auf die von dem „erwerbenden“ Unternehmen übernommenen Anteile aufgefasst werden müssen.
- 101 Für die Verrechnung mit der Kapitalrücklage sprach weiterhin, dass gemäß § 272 Abs. 3 S. 1 HGB i. V. m. § 298 Abs. 1 HGB als Gewinnrücklagen nur Beträge ausgewiesen werden dürfen, die im Geschäftsjahr oder in einem früheren Geschäftsjahr aus dem Ergebnis gebildet worden sind. Dies traf aber für einen

- passivischen Unterschiedsbetrag nicht zu (vgl. *Eckes/Weber*, HdK 1998, § 302 HGB Rn. 34).
- 102 **Nachteil** der vorrangigen Verrechnung mit der Kapitalrücklage war allerdings, dass im Konzernabschluss regelmäßig nicht mehr die Kapitalrücklage des Mutterunternehmens ausgewiesen wurde, was insbesondere das Informationsinteresse der Kapitalgeber des Mutterunternehmens beeinträchtigen konnte. Da der Gesetzgeber darüber hinaus in § 302 HGB a. F. von einer Verrechnung **mit den Rücklagen** und nicht allein von der Kapitalrücklage sprach, erschien auch die Verrechnung mit den Gewinnrücklagen zulässig. Um dem **Informationsinteresse der Kapitalgeber des Mutterunternehmens** zu genügen, empfahl es sich dann aber, eine Verrechnung entsprechend den Ursachen des Unterschiedsbetrags vorzunehmen (vgl. auch *ADS*, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 49 ff). Diese Variante entsprach zwar mehr dem Grundgedanken der Erwerbsmethode als der Idee der Interessenzusammenführung, wies aber die **Kapitalrücklage des Mutterunternehmens i. d. R. unverändert** im Konzernabschluss aus.
- 115 **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter.** Für die Ermittlung und den Ausweis der Anteile anderer Gesellschafter galt im Rahmen der Kapitalkonsolidierung bei Interessenzusammenführung § 307 HGB unverändert. Danach ergab sich der Ausgleichsposten durch Multiplikation des Eigenkapitals des Tochterunternehmens zum jeweiligen Stichtag mit der Beteiligungsquote der anderen Gesellschafter. Maßgeblich war das in der Handelsbilanz II ausgewiesene Eigenkapital, das bei Kapitalgesellschaften neben dem gezeichneten Kapital auch die Kapitalrücklage, die verschiedenen Gewinnrücklagen, einen Gewinn- oder Verlustvortrag und den Jahresüberschuss oder -fehlbetrag umfasst. Bei Personengesellschaften galten die entsprechenden Positionen. Damit wurde der Ausgleichsposten für Minderheitenanteile auf der Basis des **gesamten Eigenkapitals** ermittelt (gl. A. *Förschle/Deubert*, Beck Bil-Komm., 6. Aufl., § 302 HGB Anm. 36), während in die Berechnung des Unterschiedsbetrags nur das gezeichnete Kapital einbezogen werden durfte.
- 130 **Zahlenbeispiel.** Ein Konzern erwarb zum 31.12.09 90 % der Anteile eines Tochterunternehmens. Das Tochterunternehmen verfügte im abnutzbaren Anlagevermögen (Restnutzungsdauer = 6 Jahre; lineare Abschreibung) laut Bewertungsgutachten über stille Tageswertreserven in Höhe von 20 Mio. € und über einen Geschäftswert in Höhe von 10 Mio. €. Den (ehemaligen) Gesellschaftern des Tochterunternehmens wurden neben dem anteiligen Eigenkapital ($0,9 \cdot [40 + 30 + 10 + 10] = 81$) auch die anteiligen Mehrwerte ($0,9 \cdot [20 + 10] = 27$) durch Hingabe einer entsprechenden Anzahl von Anteilen an anderen Tochterunternehmen des Konzerns entgolten. Dabei waren die Bedingungen des § 302 Abs. 1 Nr. 1–3 HGB a. F. erfüllt. Tab. 1 enthält in den Sp. 1–3 (stark vereinfacht) die Einzelbilanzen und die Summenbilanz zum Erstkonsolidierungszeitpunkt (31.12.09). Die Sp. 4–5 zeigen die Korrekturbuchungen und die Konzernbilanz nach der Interessenzusammenführungsmethode bei vorrangiger Verrechnung

des Unterschiedsbetrags mit der Kapitalrücklage (Variante A), die Sp. 6–7 die Interessenzusammenführungsmethode bei verursachungsgemäßer Zuordnung des Unterschiedsbetrags (Variante B).

Nach der **Interessenzusammenführungsmethode** war zunächst der Erwerbspreis $(81 + 27 = 108)$ gegen das anteilig erworbene gezeichnete Kapital $(0,9 \cdot 40 = 36)$ aufzurechnen. Der resultierende Unterschiedsbetrag $(108 - 36 = 72)$ enthält die anteilig erworbenen Rücklagen $(0,9 \cdot [30 + 10] = 36)$, den anteilig erworbenen Jahresüberschuss $(0,9 \cdot 10 = 9)$, die stillen Tageswertreserven $(0,9 \cdot 20 = 18)$ sowie den anteilig erworbenen Geschäftswert $(0,9 \cdot 10 = 9)$.

Soweit der Unterschiedsbetrag aus den Rücklagen resultierte, wird er bei **Variante B** in gleicher Aufteilung mit diesen verrechnet (Kapitalrücklage: -27 [Sp. 6, Z. 4]; Gewinnrücklagen: -9 [Sp. 6, Z. 5]). Der verbleibende Unterschiedsbetrag in Höhe von 36 wird wegen seines Ergebnischarakters mit den Gewinnrücklagen verrechnet (Sp. 6, Z. 5). Bei **Variante A** wird der gesamte Unterschiedsbetrag von 72 gegen die Kapitalrücklage aufgerechnet.

Der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter ergibt sich als Minderheitenanteil am gesamten Eigenkapital des Tochterunternehmens am Bilanzstichtag $(0,1 \cdot [40 + 30 + 10 + 10] = 9)$.

Tab. 1: Erstkonsolidierung zum 31.12.09

	Alt-Konzern	Tochterunternehmen	Summenbilanz	Interessenzusammenführungsmethode							
				Variante A				Variante B			
				Korrekturen		Konzernbilanz		Korrekturen		Konzernbilanz	
31.12.09	1	2	3	4		5		6		7	
Aktiva											
1. Beteiligung	108	–	108	108 ¹⁾		–		108 ¹⁾		–	
2. Sonstige Aktiva	292	130	422			422				422	
Passiva											
3. Gezeichnetes Kapital	100	40	140	36 ¹⁾ ; 4 ²⁾		100		36 ¹⁾ ; 4 ²⁾		100	
4. Kapitalrücklage	50	30	80	27 ¹⁾ ; 9 ¹⁾ 36 ¹⁾ ; 3 ²⁾		5		27 ¹⁾ ; 3 ²⁾		50	
5. Gewinnrücklagen	150	10	160	1 ²⁾		159		9 ¹⁾ 36 ¹⁾ ; 1 ²⁾		114	
6. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (–)	–	10	10	1 ²⁾		9		1 ²⁾		9	
7. Ausgleichsposten für andere Ges.	–	–	–	9 ²⁾		9		9 ²⁾		9	
8. Sonstige Passiva	100	40	140			140				140	
Summe	400	400	530	117		117		117		117	

1) Aufrechnung des Beteiligungsbuchwerts gegen das anteilige gezeichnete Kapital; Ausbuchung des daraus resultierenden Unterschiedsbetrags gegen die Rücklagen

2) Konsolidierung für die Anteile anderer Gesellschafter

3. Folgekonsolidierung

135 Unternehmen, welche die Interessenzusammenführungsmethode beibehalten wollen, müssen auch zukünftig analog zur Erstkonsolidierung vorgehen. Die Vermögensgegenstände und Schulden des Tochterunternehmens werden in der Konzernbilanz mit ihren Einzelabschlusswerten (Handelsbilanz II) ausgewiesen. Die Folgekonsolidierung bleibt damit im Gegensatz zur Erwerbsmethode – abgesehen von den Folgewirkungen aus einheitlicher Bewertung – erfolgsneutral. Ein Beitrag zum Konzernergebnis geht allein vom Reinvermögen des Tochterunternehmens aus, nicht jedoch von seinen Anschaffungskosten (vgl. *Ordeltjeide*, WiSt 1986, S. 501).

136 Besonderheiten gegenüber der Erstkonsolidierung ergeben sich bei Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert sowie bei einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln (vgl. *ADS*, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 62 ff).

137 Im Rahmen einer **Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln** wird das gezeichnete Kapital des Tochterunternehmens erhöht, während der Beteiligungsbuchwert im Einzelabschluss des Mutterunternehmens konstant bleibt. Auswirkungen auf die Kapitalkonsolidierung entstehen dabei nicht, da der Beteiligungsbuchwert stets gegen das gezeichnete Kapital im Erwerbs- bzw. Erstkonsolidierungszeitpunkt aufzurechnen ist (vgl. § 301 Abs. 2 HGB i.V.m. § 302 Abs. 1 HGB a. F.). Fraglich ist allerdings, wie das nach Kapitalkonsolidierung verbleibende gezeichnete Kapital des Tochterunternehmens in der Konzernbilanz auszuweisen ist. Da aus Konzernsicht eine Kapitalerhöhung nicht stattgefunden hat, erscheint es sinnvoll, das entsprechende Kapital weiterhin unter den Rücklagen auszuweisen, die für die Umwandlung in gezeichnetes Kapital verwendet wurden (vgl. auch *ADS*, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 64; *Förschle/Deubert*, Beck Bil-Komm., 6. Aufl., § 302 HGB Anm. 49). Wegen der unterschiedlichen Rechtsnatur des gezeichneten Kapitals und der Rücklagen sollte dann aber ein Hinweis im Anhang oder als Fußnote erfolgen.

138 **Abschreibungen auf den Beteiligungsbuchwert** sind im Einzelabschluss vorzunehmen, um die Beteiligung mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der ihr am Abschlussstichtag beizulegen ist; sie können vorgenommen werden, wenn die Wertminderung voraussichtlich nicht dauerhaft ist (§ 253 Abs. 3 S. 3 und 4). In diesen Fällen entsteht das Problem, wie mit der Bereinigungsabschreibung im Rahmen der Folgekonsolidierung zu verfahren ist.

139 Grundsätzlich ergeben sich keine Unterschiede zur Vorgehensweise nach der Erwerbsmethode. Danach sind Abschreibungen auf Beteiligungen im Jahr der Abschreibung erfolgswirksam rückgängig zu machen; in den darauffolgenden Jahren ist die Abschreibung erfolgsneutral auszubuchen (vgl. *Schindler*, 1986, S. 172; *Dusemond/Weber/Zündorf*, HdK 1998, § 301 HGB Rn. 222; *Busse von Colbe/Ordeltjeide/Gebhardt/Pellens*, 2006, S. 253). Dies folgt nicht nur aus § 301 Abs. 2 HGB, nach dem der Aufrechnung von Beteiligungsbuchwert und anteiligem Eigenkapital stets die Werte im Erwerbs- bzw. Erstkonsolidierungszeitpunkt zugrunde zu legen sind, sondern auch aus der Fiktion der rechtlichen Einheit. Im Konzernabschluss treten an die Stelle des Beteiligungsbuchwerts die Vermögensgegenstände und Schulden des Tochterunternehmens sowie etwaige Unterschiedsbeträge, so dass

Abschreibungen auf die Beteiligung selbst gar nicht möglich sind. Stattdessen können außerplanmäßige Abschreibungen auf die Vermögensgegenstände des Tochterunternehmens vorgenommen werden (vgl. *Busse von Colbe/Ordeltjeide/Gebhardt/Pellens*, 2006, S. 253). Im Unterschied zur Vorgehensweise nach § 301 HGB sind bei der Interessenzusammenführungsmethode allerdings keine Abschreibungen auf eventuell miterworbene stille Reserven sowie auf einen eventuell miterworbenen Geschäfts- oder Firmenwert möglich. Beide wurden bereits im Rahmen der Erstkonsolidierung erfolgsneutral mit den Rücklagen verrechnet.

- 144 Zahlenbeispiel (Fortsetzung):** Tab. 2 enthält die Folgekonsolidierung für das in Rz. 130 begonnene Beispiel. Hierbei wird unterstellt, dass sich der Konzern für die Beibehaltung der Kapitalkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode gemäß Art. 67 Abs. 5 S. 2 EGHGB entschieden hat. Die Sp. 1-2 zeigen die Einzelbilanzen zum 31.12.10. In der Einzelbilanz des Tochterunternehmens wurde der Jahresüberschuss des Vorjahrs in Höhe von 10 Mio. € den Gewinnrücklagen zugeführt. Weiterhin hat das Mutterunternehmen in seiner Einzelbilanz die Beteiligung am Tochterunternehmen wegen anhaltend schlechter Ertragsaussichten um 5 Mio. € abgeschrieben.

Tab. 2: Folgekonsolidierung zum 31.12.10

	Alt-Konzern		Tochterunternehmen		Summenbilanz	Interessenzusammenführungsmethode							
						Variante A				Variante B			
						Korrekturen		Konzernbilanz		Korrekturen		Konzernbilanz	
31.12.10	1		2		3	4	5	6	7	8	9	10	11
Aktiva													
1. Beteiligung	103		–		103	5 ¹⁾	108 ²⁾	–		5 ¹⁾	108 ²⁾	–	
2. Sonstige Aktiva	292		130		422			422				422	
Passiva													
3. Gezeichnetes Kapital		100		40	140	36 ²⁾ ; 4 ³⁾		100	36 ²⁾ ; 4 ³⁾				100
4. Kapitalrücklage		50		30	80	27 ²⁾ ; 9 ²⁾ 36 ²⁾ ; 3 ³⁾		5	27 ²⁾ ; 3 ³⁾				50
5. Gewinnrücklagen		150		20	170	2 ³⁾		168	9 ²⁾ 36 ²⁾ ; 2 ³⁾				123
6. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (–)		–5		–	–5		5 ¹⁾	–		5 ¹⁾			–
7. Ausgleichsposten für andere Ges.		–		–	–		9 ³⁾	9		9 ³⁾			9
8. Sonstige Passiva		100		40	140			140					140
Summe	395	395	130	130	525	122	122	422	422	122	122	422	422

- 1) Stornierung der im Einzelabschluss gebuchten Beteiligungsabschreibung
 2) Nachholung der Korrekturen der vergangenen Periode
 3) Konsolidierung für die Anteile anderer Gesellschafter

Die Korrekturen in den Sp. 4 und 6 umfassen sowohl die Buchungen der Ergänzungsrechnung (Erst- und Folgekonsolidierung[en] der Vorperiode[n]) als auch die der Folgekonsolidierung zum 31.12.10. Unterschiede zur Erstkonsolidierung ergeben sich im vorliegenden, einfachen Beispiel nur durch die Stornierung der im Einzelabschluss vorgenommenen Beteiligungsabschreibung sowie aus der Berechnung der Minderheitenanteile bei den Gewinnrücklagen des Tochterunternehmens, die um den Jahresüberschuss der Vorperiode erhöht sind.

Die Vorgehensweise bei der Erwerbsmethode im Rahmen der Folgekonsolidierung würde sich von der bei Interessenzusammenführung durch die Abschreibung des Geschäfts- oder Firmenwerts, sofern aktiviert und nicht erfolgsneutral gegen die Rücklagen verrechnet (zu den einzelnen Verrechnungsmöglichkeiten des Geschäfts- oder Firmenwerts bei der Erwerbsmethode vgl. C 401 Rz. 86 ff), sowie durch die planmäßige Abschreibung der dem abnutzbaren Anlagevermögen zugeordneten stillen Reserven unterscheiden. Während also bei der Interessenzusammenführungsmethode nur das Reinvermögen des Tochterunternehmens erfolgswirksam wird, werden bei der Erwerbsmethode die gesamten Anschaffungskosten der Beteiligung zu Lasten des Konzernergebnisses auf die Folgeperioden verteilt. Im vorliegenden, einfachen Beispiel blieb das Reinvermögen der Beteiligung annahmegemäß unverändert.

4. Entkonsolidierung

- 147** Im Gesetz ist und war auch vor BilMoG nicht explizit geregelt, wie das Ausscheiden eines nach der Interessenzusammenführungsmethode konsolidierten Tochterunternehmens aus dem Konzernverbund buchmäßig zu verrechnen und auszuweisen ist (**Interessenauflösung**; vgl. *Förschle/Deubert*, Beck Bil-Komm., 6. Aufl., § 302 HGB Anm. 44). Der Fiktion der rechtlichen Einheit folgend müssten alle Vermögensgegenstände, Schulden sowie Sonderposten, die das Tochterunternehmen in der Konzernbilanz repräsentieren, einzeln mit den jeweiligen Veräußerungserlösen **erfolgswirksam** verrechnet werden (**Fiktion des Einzelabgangs**). Sieht man einmal von Vereinfachungen ab, welche die Aufteilung des Beteiligungserlöses auf die Einzelabgänge vermeiden, ist dies die Vorgehensweise der Kapitalkonsolidierung nach § 301 HGB (vgl. zur Entkonsolidierung nach der Erwerbsmethode C 401 Rz. 122 ff; siehe ferner grundlegend sowie zur Entkonsolidierung gemäß § 301 HGB a. F. *Ordeltjeide*, BB 1986, S. 766 ff; *Schindler*, 1986, S. 229 ff; *Hayn*, 1999, S. 221-336). Ihre unmittelbare Übertragung auf die Konsolidierungsverhältnisse bei einer Interessenauflösung ist jedoch nicht möglich, weil ein Verkauf des Tochterunternehmens nach dieser Konzeption gar nicht vorgesehen ist (vgl. Rz. 65).

- 148** Dennoch ist unstrittig, dass mit dem Abgang eines Konzernunternehmens seine Vermögensgegenstände, Schulden sowie Sonderposten aus der Konzernbilanz eliminiert werden müssen (vgl. zur Ausweisproblematik im Anlagespiegel

C 401 Rz. 137). Darüber hinaus sind bei Anwendung der Interessenzusammenführungsmethode, dem Vorgehen im Erstkonsolidierungszeitpunkt entsprechend, die Rücklagen des Tochterunternehmens auszubuchen. Diesen Abgängen stehen der Veräußerungserlös der Beteiligung sowie das den anderen Gesellschaftern zuzurechnende anteilige Reinvermögen gegenüber. Dieses anteilige Reinvermögen sowie der Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter haben zwangsläufig die gleiche Höhe und sind gegeneinander auszubuchen. Fraglich ist, wie mit der Differenz zwischen dem Veräußerungserlös der Beteiligung und dem auf die Mehrheitsgesellschafter entfallenden gezeichneten Kapital im Zeitpunkt der Veräußerung zu verfahren ist. Zwei Möglichkeiten sind in Betracht zu ziehen:

- die erfolgswirksame Verrechnung der um einen aktivischen (passivischen) Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung verminderten (erhöhten) Differenz und Ausweis als Veräußerungsergebnis (**erfolgswirksame Variante der Entkonsolidierung**);
- die erfolgsneutrale Verrechnung mit den Konzernrücklagen (**erfolgsneutrale Variante der Entkonsolidierung**).

149 Die erfolgswirksame Variante entspricht der Fiktion der rechtlichen Einheit und betrachtet den Abgang eines nach § 302 HGB a. F. konsolidierten Tochterunternehmens als Veräußerungsvorgang. Die Korrektur der Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem anteiligen gezeichneten Kapital dient der Berücksichtigung des richtigen Abgangswerts. Ein mit den Rücklagen verrechneter aktivischer Unterschiedsbetrag aus der Erstkonsolidierung muss in den Abgangswert einbezogen werden, weil sonst nur ein Teil der im Anschaffungszeitpunkt erworbenen Vermögenswerte als Aufwand verrechnet würde (vgl. C 401 Rz. 123); das Veräußerungsergebnis wäre insgesamt zu hoch. Im Fall der Nichteinbeziehung eines passivischen Unterschiedsbetrags würde vom Konzern im Erwerbszeitpunkt nicht bezahltes Reinvermögen der Beteiligung fälschlicherweise als Aufwand ausgewiesen; das Veräußerungsergebnis wäre damit zu niedrig (vgl. C 401 Rz. 123 ff; *Förschle/Deubert*, Beck Bil-Komm., 6. Aufl., § 302 HGB Anm. 42).

150 Die erfolgsneutrale Variante orientiert sich an der Vorgehensweise bei der Erstkonsolidierung. Ein beim Abgang des Tochterunternehmens gegebenenfalls entstehendes Veräußerungsergebnis wird, da nicht als Veräußerungsvorgang betrachtet, erfolgsrechnerisch neutralisiert. Beide Verrechnungsmethoden führen damit zu unterschiedlichen Konzernerfolgsbeiträgen. Bei der erfolgsneutralen Verrechnung bleibt der Veräußerungsgewinn unberücksichtigt, „so als agierten die Unternehmen nebeneinander“ (*Ordelheide*, WiSt 1986, S. 501). Die erfolgswirksame Verrechnung hingegen verändert den Konzernerfolgsbeitrag des Tochterunternehmens um die Differenz zwischen dem Verkaufserlös und den Anschaffungskosten der Beteiligung, so als würde ein beliebiger, anderer Vermögensgegenstand verkauft.

151 Letztlich bleiben beide Verrechnungsmöglichkeiten unbefriedigend. Die erfolgsneutrale Variante der Entkonsolidierung entspricht zwar der Vorgehensweise im Anschaffungszeitpunkt, nicht aber der tatsächlich erfolgten Veräußerung am Ende. Wird die Differenz zwischen Veräußerungserlös und Abgangswert hingegen erfolgswirksam verrechnet, so wie dies bei Veräußerungsvorgängen normalerweise geschieht, stimmt die Vorgehensweise nicht mit der bei Interessenzusammenführung im Erwerbszeitpunkt überein (**Entkonsolidierungsdilemma bei Interessenauflösung**). Da somit die jeweils ermittelten Totalerfolgsbeiträge des ausgeschiedenen Tochterunternehmens in keiner geschlossenen Konzeption gründen, kann es – unabhängig von der Behandlung eines Veräußerungsergebnisses in der Konzernbilanz – zu einer Verzerrung der Ertragslage des Konzerns kommen (a. A. wohl *Hoffmann*, 1992, S. 226).

155 Zahlenbeispiel (Fortsetzung): Die Beteiligung an dem Tochterunternehmen (vgl. Rz. 130, 144) wird zum 31.12.10 zu einem Preis von 98 Mio. € veräußert. Die Konzernbilanz zum 31.12.10 (vgl. Tab. 2, Sp. 5 bzw. 7) ist damit die Konzernbilanz unmittelbar vor der Veräußerung, so dass sie in Tab. 3 mit dem Zeitpunkt 31.12.10 – gekennzeichnet wurde (Sp. 1 bzw. 6).

Im Einzelnen sind die erfolgsneutrale und erfolgswirksame Entkonsolidierung bei Variante A (vorrangige Verrechnung mit der Kapitalrücklage) sowie die erfolgswirksame Entkonsolidierung bei Variante B dargestellt. Die erfolgsneutrale Entkonsolidierung bei Variante B wird im Text aufgezeigt.

Bei der **Entkonsolidierung für die Anteile anderer Gesellschafter** wird das anteilige Reinvermögen ($13 - 4 = 9$) des Tochterunternehmens mit dem gleich hohen Ausgleichsposten für Minderheitenanteile aufgerechnet. Unterschiede zwischen den verschiedenen Varianten sowie zur Erwerbsmethode bestehen insoweit nicht.

Bei der **Entkonsolidierung für die Anteile des Mutterunternehmens** werden zunächst die sonstigen Aktiva um den Veräußerungserlös für die Beteiligung im Wert von 98 erhöht. Nach der **erfolgsneutralen Entkonsolidierungsvariante** bei Interessenzusammenführung werden dann dem Veräußerungserlös die anteiligen Buchwerte der Vermögensgegenstände und Schulden gegenübergestellt. Die daraus resultierende passivische Differenz von 17 wird erfolgsneutral den Rücklagen zugerechnet. Die Konzern-GuV wird nicht berührt. Analog zur Vorgehensweise bei der Erstkonsolidierung, Unterschiedsbeträge mit der Kapitalrücklage zu verrechnen, wird nur die Kapitalrücklage erhöht. Damit verändert sich die Kapitalrücklage des Konzerns durch das Ausscheiden eines gemäß § 302 HGB a. F. konsolidierten Tochterunternehmens.

Nach der **erfolgswirksamen Entkonsolidierungsvariante** muss die im Erstkonsolidierungszeitpunkt erfolgte Verrechnung des aktivischen Unterschiedsbetrags mit den Rücklagen storniert werden (Buchung a) in Tab. 3). Er erhöht den anteiligen Abgangswert der Beteiligung:

anteiliger Buchwert des Vermögens des Tochterunternehmens ¹⁾	$0,9 \cdot 130 = 117$
– anteiliger Buchwert der Schulden des Tochterunternehmens ¹⁾	$0,9 \cdot 40 = 36$
– anteilige Kapitalrücklage des Tochterunternehmens ²⁾	$0,9 \cdot 30 = 27$
– anteilige Gewinnrücklagen des Tochterunternehmens ²⁾	$0,9 \cdot 10 = 9$
–/+ anteiliges Jahresergebnis des Tochterunternehmens ²⁾ (Überschuss: –; Fehlbetrag: +)	$0,9 \cdot 10 = 9$
–/+ anteiliger Ergebnisvortrag des Tochterunternehmens ²⁾ (Gewinnvortrag: –; Verlustvortrag: +)	$0,9 \cdot 0 = 0$
+/- erfolgsneutral verrechneter Unterschiedsbetrag ³⁾ aus der Erstkonsolidierung (aktivischer: +; passivischer: –)	72
= auf das Mutterunternehmen entfallender anteiliger Abgangswert der Beteiligung bei erfolgswirksamer Entkonsolidierung	108

1) im Zeitpunkt unmittelbar vor Ausscheiden des Tochterunternehmens

2) im Erstkonsolidierungszeitpunkt

3) Differenz zwischen dem Wert der Beteiligung („Erwerbspreis“) und dem anteiligen gezeichneten Kapital im Erstkonsolidierungszeitpunkt

Die Differenz zwischen dem Veräußerungserlös (98) und dem anteiligen Abgangswert (108) geht sowohl bei Variante A als auch bei Variante B als Veräußerungsverlust (– 10) in das Konzernjahresergebnis ein (zum Ausweis in der Konzern-GuV siehe C 401 Rz. 136). Hierin unterscheiden sich auch die erfolgswirksame und die in Tab. 3 nicht gezeigte erfolgsneutrale Entkonsolidierung bei Variante B. Bei der erfolgsneutralen Entkonsolidierung (der Variante B) würden ein Jahresüberschuss von ± 0 und dafür um 10 niedrigere Gewinnrücklagen als bei der erfolgswirksamen Lösung der Variante B ausgewiesen werden. Alle anderen Positionen wären identisch.

Nach der **Erwerbsmethode** ergäbe sich ein um die erfolgswirksam abgeschriebenen stillen Reserven und Geschäftswertanteile geringerer Abgangswert.

Tab. 3: Entkonsolidierung bei Veräußerung der Beteiligung

	Variante A der Interessenzusammenführungsmethode						Variante B					
			erfolgsneutrale Entkonsolidierung		erfolgswirksame Entkonsolidierung				erfolgswirksame Entkonsolidierung			
	Konzernbilanz 31.12.10 –		Korrektur bzw. Ergänzungsbilanz 31.12.10		Korrektur bzw. Ergänzungsbilanz 31.12.10		Konzernbilanz 31.12.10 –		Korrektur bzw. Ergänzungsbilanz 31.12.10		Konzernbilanz 31.12.10	
	1		2	3	4	5	6		7		8	
Aktiva												
1. Beteiligung	–			–		–						
2. Sonstige Aktiva	422		98 ¹⁾ 117 ¹⁾ 13 ²⁾	390	98 ¹⁾ 117 ¹⁾ 13 ²⁾	390	422		98 ¹⁾ 117 ¹⁾ 13 ²⁾	390		
3. Interims-konto					27 ¹⁾ 9 ¹⁾ 36 ¹⁾	–			27 ¹⁾ 9 ¹⁾ 36 ¹⁾	–		
Passiva												
4. Gezeichnetes Kapital		100		100		100		100				100
5. Kapitalrücklage		5	17 ¹⁾	22	9 ¹⁾ 36 ¹⁾	27 ¹⁾ 9 ¹⁾ 36 ¹⁾	32	50	27 ¹⁾	27 ¹⁾	50	
6. Gewinnrücklagen		168		168		168	123	9 ¹⁾ 9 ¹⁾ 36 ¹⁾	9 ¹⁾ 9 ¹⁾ 36 ¹⁾		150	
7. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (–)		–		–	10 ¹⁾	–	–	–	10 ¹⁾		–	–
8. Ausgleichsposten für andere Ges.		9	9 ²⁾	–	9 ²⁾	–	9	9 ²⁾	–		–	
9. Sonstige Passiva		140	36 ¹⁾ 4 ²⁾	100	36 ¹⁾ 4 ²⁾	100	140	36 ¹⁾ 4 ²⁾			100	
Summe	422	422	147	147	390	390	274	274	390	390	274	274

a) Stornierung der Verrechnung des aktivischen Unterschiedsbetrags mit den Rücklagen

1) Aufrechnung des Verkaufserlöses gegen die abgehenden Vermögensgegenstände, Schulden, Gewinnrücklagen, die Kapitalrücklage und den aktivischen Unterschiedsbetrag

2) Konsolidierung für die Anteile anderer Gesellschafter

Die Differenz zwischen dem Veräußerungserlös und dem anteiligen Abgangswert geht auch hier als Veräußerungsverlust in das Konzernjahresergebnis ein. Der Veräußerungsverlust sowie der während der Konzernzugehörigkeit erwirtschaftete Erfolg (im vorliegenden Beispiel wären dies die ergebnismindernd verrechneten Teile des Geschäfts- oder Firmenwerts und der stillen Tageswertreserven) ergäben zusammen die Veränderung des Konzerntotalerfolgs durch Erwerb, Betrieb und Veräußerung des Tochterunternehmens bei Anwendung der Erwerbsmethode (zur Erfolgskonzeption vgl. *Ordelheide*, WiSt 1986, S. 501). Im Gegensatz dazu spielen bei der erfolgsneutralen Variante der Interessenzu-

sammenführungsmethode die Anschaffungskosten und der Veräußerungserlös für die Ermittlung des Erfolgsbeitrags keine Rolle. Gemäß der Pooling-Idee werden die Einzelbilanzen bis auf Beteiligungsbuchwert und gezeichnetes Kapital einfach aggregiert. Das im Erwerbszeitpunkt von dem Tochterunternehmen erzielte Ergebnis (10) wird anteilig ($0,9 \cdot 10 = 9$) als Beitrag zum Konzernergebnis im Jahr des Erwerbs ausgewiesen. Da in der Folgeperiode kein zusätzlicher Gewinn erwirtschaftet wird, trägt das Tochterunternehmen damit auch insgesamt einen Gewinn in Höhe von 9 zum Konzerntotalerfolg bei. Im Rahmen der erfolgswirksamen Entkonsolidierungsvariante muss dieser Erfolgsbeitrag noch um das Veräußerungsergebnis (-10) korrigiert werden, so dass für diese Vorgehensweise der Konzernerfolgsbeitrag insgesamt -1 beträgt.

5. Übergang von der Interessenzusammenführungsmethode auf die Erwerbsmethode

158 Unter formalen Aspekten hätte die einmal erfolgte Anwendung der Interessenzusammenführungsmethode bislang auch dann beibehalten werden können, wenn die Bedingungen des § 302 Abs. 1 Nr. 1–3 HGB a. F. nicht mehr erfüllt waren, also wenn

- die Anteilsquote unter 90 % gesunken war (so auch *Eckes/Weber*, HdK 1998, § 302 HGB Rn. 11; ADS, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 60),
- das Tochterunternehmen, dessen Anteile ursprünglich als Gegenleistung hingegeben wurden, mehrere Jahre nach dem Anteilstausch vom Erwerber vollständig an einen Dritten veräußert wurde,
- das Mutterunternehmen oder ein anderes Tochterunternehmen die dem Veräußerer hingegebenen Anteile zurückerworben hatte.

159 Einer solchen Auslegung des § 302 HGB a. F., die mit dem Hinweis auf die negativen Folgen für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hätten begründet werden können, wurde in der Fachliteratur nicht immer gefolgt (vgl. u. a. *Förschle/Deubert*, Beck Bil-Komm., 6. Aufl., § 302 HGB Anm. 12). Wegen der Gefahr des Missbrauchs sowie der den oben genannten Vorgängen zugrundeliegenden Erwerbsfiktion wurde vielmehr

- eine Entkonsolidierung nach der Interessenzusammenführungsmethode und
- eine Erstkonsolidierung nach der Buchwertmethode (§ 301 HGB a. F.) empfohlen.

Die Auswirkungen dieses Methodenwechsels auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage waren im Anhang anzugeben (§ 297 Abs. 3 S. 4 a. F. HGB). Für den Fall, dass sich ein Unternehmen, das bislang § 302 HGB a. F. anwendete, zukünftig nicht für eine Beibehaltung der Interessenzusammenführungsmethode im Sinne des Art. 67 Abs. 5 S. 2 EGHGB entscheidet (vgl. Rz. 3), hat dieses nun eine Erstkonsolidierung zwingend nach der **Neubewertungsmethode** gemäß § 301 HGB n. F. durchzuführen, was aber bei Existenz von Minderheitsgesellschaftern zu größeren Veränderungen in der Vermögenslage führen dürfte.

IV. Angaben im Konzernanhang gemäß § 302 a. F.

175 Aufgrund der besonderen Vermögens- und Erfolgskonzeption sind bei Beibehaltung der Interessenzusammenführungsmethode für Altfälle (vgl. Rz. 1) auch zukünftig im Konzernanhang Angaben über

- die Anwendung dieser Methode,
- die sich daraus ergebenden Veränderungen der Rücklagen sowie
- den Namen und den Sitz des betreffenden Tochterunternehmens zu machen (§ 302 Abs. 3 HGB a. F.).

176 Die Informationspflicht über die **Anwendung der Methode** sowie über den **Namen** und den **Sitz des Tochterunternehmens** kann erfüllt werden, indem die Unternehmen, die nach der Interessenzusammenführungsmethode konsolidiert werden (Altfälle), bei der Offenlegung der in § 313 Abs. 2 Nr. 1 HGB geforderten Daten mit einer entsprechenden Anmerkung versehen werden (vgl. *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 660). Die Schutzklausel in § 313 Abs. 3 HGB, nach der auf die Angabe von Name und Sitz eines einbezogenen Unternehmens verzichtet werden kann, wenn daraus dem Konzern erhebliche Nachteile entstehen können, bezieht sich explizit zwar nur auf § 313 Abs. 2 HGB, dennoch erscheint ihre Ausweitung auf die Berichtspflichten nach § 302 Abs. 3 HGB a. F. zulässig (vgl. *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 661; ADS, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 67). Sie entbindet jedoch nicht von der Angabepflicht über die Anwendung der Interessenzusammenführungsmethode und der daraus resultierenden Rücklagenveränderungen (vgl. *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 661; ADS, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 67). Außerdem muss die Inanspruchnahme der Schutzklausel im Anhang vermerkt werden (§ 313 Abs. 3 S. 2 HGB). Ein möglicher Wortlaut für die Anhangsangabe von Unternehmen in diesem Fall findet sich im WP-Handbuch 2006: „Bei der Kapitalkonsolidierung eines TU, für dessen Nennung wir die Schutzklausel (§ 313 Abs. 3 HGB) in Anspruch nehmen, haben wir die Methode der Interessenzusammenführung (§ 302 HGB) angewandt. Den sich dabei ergebenden aktiven Konsolidierungsunterschied von EUR XY haben wir bei den Gewinnrücklagen gekürzt“ (*WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 661).

177 Die im Anhang geforderte **Darstellung der Rücklagenveränderungen** gemäß § 302 Abs. 3 HGB a. F. bezieht sich nur auf ihre Höhe und die erfolgte Zuordnung zu den einzelnen Rücklageposten (vgl. *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 660; ADS, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 68). Die Höhe der Rücklagenveränderungen entspricht dem Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung nach § 302 HGB a. F. Eine Erläuterung seiner Ursachen ist im Gegensatz zur Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode nicht erforderlich (vgl. *WP-Hdb.* 2006 I, M, Tz. 660).

178 Weitere Informationspflichten können aus § 297 Abs. 2 HGB folgen. Danach sind im Konzernanhang zusätzliche Angaben zu machen, wenn besondere Umstände zu einer **Verletzung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** führen (vgl. C 10 Rz. 45 ff; ADS, 6. Aufl., § 302 HGB Tz. 69). Es ist zu erwarten, dass solche Umstände vor allem aus der besonderen Vermögens- und Erfolgskonzeption der Interessenzusammen-

führungsmethode resultieren. So konnte es in Abhängigkeit von der Größe eines nach § 302 HGB a. F. einbezogenen Tochterunternehmens in Relation zum Gesamtkonzern geboten gewesen sein, den im Rahmen der Erstkonsolidierung im Konzernjahresergebnis ausgewiesenen Überschuss bzw. Fehlbetrag des Tochterunternehmens im Anhang anzugeben. Werden die Rücklagen oder das Ergebnis des Konzerns durch die Entkonsolidierung bei Abgang eines nach § 302 HGB a. F. konsolidierten Tochterunternehmens zu stark verzerrt, kommen nach wie vor auch hierzu Angaben in Betracht. Bei Übergang von der Interessenzusammenführungsmethode auf die Erwerbsmethode sind die Auswirkungen dieses Wechsels auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Anhang anzugeben (vgl. § 297 Abs. 3 S. 4 HGB; zur Übergangskonsolidierung vgl. Rz. 158 f).

Literaturhinweise zu C 410¹⁾

- Arbeitskreis „Externe Unternehmensrechnung“ der Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V.:* Aufstellung von Konzernabschlüssen, ZfB Sonderheft 21, Düsseldorf/Frankfurt a. M. 1987.
- Busse von Colbe, Walther/Ordelheide, Dieter/Gebhardt, Günther/Pellens, Bernhard:* Konzernabschlüsse – Rechnungslegung nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen sowie nach Vorschriften des HGB und der IAS/IFRS, 8. Aufl., Wiesbaden 2006.
- Daimler-Benz Aktiengesellschaft:* Zusammenschluß Daimler-Benz/Chrysler: Bericht zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2 der außerordentlichen Hauptversammlung der Daimler-Benz Aktiengesellschaft am 18. September 1998.
- Gelhausen, Hans Friedrich/Fey, Gerd/Kämpfer, Georg:* Rechnungslegung und Prüfung nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, Düsseldorf 2009.
- Hayn, Benita:* Konsolidierungstechnik bei Erwerb und Veräußerung von Anteilen – Ein Leitfaden zur praktischen Umsetzung der Erst-, Übergangs- und Endkonsolidierung, Herne/Berlin 1999.
- Heinrich, Thomas:* Zusammenschluß von Unternehmen durch Pooling of Interests: Umsetzung des angelsächsischen Poolinggedankens in deutsches Recht, München 1993.
- Hoffmann, Ira:* Die Kapitalkonsolidierung bei Interessenzusammenführung gemäß § 302 HGB, Bergisch Gladbach/Köln 1992.
- Knop, Wolfgang/Küting, Karlheinz:* Anschaffungskosten im Umwandlungsrecht, BB 1995, S. 1023-1030.
- Küting, Karlheinz:* Geplante Neuregelungen der Kapitalkonsolidierung durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, DStR 2008, S. 1396–1401.

1) Vgl. ferner das Verzeichnis der allgemeinen Literatur.

- Leinen, Markus/Strickmann, Michael:* Konsolidierung, in: *Kessler, Harald/Leinen, Markus/Strickmann, Michael (Hrsg.): Handbuch Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz*, Freiburg etc. 2009, S. 582–642.
- Niehus, Rudolf J.:* Die 7. EG-Richtlinie und die „Pooling-of-Interests“ Methode einer konsolidierten Rechnungslegung, WPg 1983, S. 437–446.
- Ordelheide, Dieter:* Anschaffungskostenprinzip im Rahmen der Erstkonsolidierung gem. § 301 HGB, DB 1986, S. 493–499.
- Ordelheide, Dieter:* Endkonsolidierung bei Ausscheiden eines Unternehmens aus dem Konsolidierungskreis, BB 1986, S. 766–772.
- Ordelheide, Dieter:* Konzern und Konzernserfolg, WiSt 1986, S. 495–502.
- Ordelheide, Dieter:* Kapitalkonsolidierung und Konzernserfolg, WPg 1987, S. 309–315.
- Oser, Peter/Reichart, Susanne/Wirth, Johannes:* Kapitalkonsolidierung, in: *Küting, Karlheinz/Pfitzer, Norbert, Weber, Claus-Peter (Hrsg.): Das neue deutsche Bilanzrecht – Handbuch zur Anwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG)*, 2. Aufl., Stuttgart 2009, S. 415–439.
- Pellens, Bernhard/Sellhorn, Thorsten:* Kapitalkonsolidierung nach der Fresh-Start-Methode, BB 1999, S. 2125–2132.
- Petersen, Karl/Zwirner, Christian/Künkele, Peter:* Bilanzanalyse und Bilanzpolitik nach BilMoG – Einzelabschluss, Konzernabschluss und Steuerbilanz, Herne 2009.
- Roth, Matthias:* § 302 HGB a. F. Kapitalkonsolidierung bei Interessenzusammenführung, in: *Petersen, Karl/Zwirner, Christian (Hrsg.): Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz BilMoG – Gesetze – Materialien – Erläuterungen*, München 2009, S. 540.
- Schindler, Joachim:* Kapitalkonsolidierung nach dem Bilanzrichtlinien-Gesetz, Frankfurt a. M. etc. 1986.
- Schruff, Wienand:* Einflüsse der 7. EG-Richtlinie auf die Aussagefähigkeit des Konzernabschlusses, Berlin 1984.
- Simon, Stephan:* Pooling und Verschmelzung: Harmonisierung der Rechnungslegung durch IAS 22 „Business Combinations“, Diss. St. Gallen, Bamberg 1996.
- Theile, Carsten:* Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, 2. Aufl., Herne 2009.
- Weber, Claus-Peter:* Praxis der Kapitalkonsolidierung im internationalen Vergleich, Stuttgart 1991.
- Zülch, Henning/Hoffmann, Sebastian:* Praxiskommentar BilMoG, Weinheim 2009.

